

- OECD 1994. *Statistics on International Foreign Direct Investment of Dynamic Non-Member Economies in Asia and Latin America*. Vol. 2. Paris.
- Oliveira, F. 1996. „O ‚reino‘ de 20 anos“. In: *Folha de São Paulo*, 13.10.
- Ominami, C. 1986. „Chili: échec du monétarisme périphérique“. In: Boyer, R. Hg.: *Capitalismes fin de siècle*. Paris.
- Orlansky, D. 1994. „Crisis y transformación del estado en Argentina (1960–1993)“. In: *Ciclos*, Nr. 4.
- Plihon, D. 1996. „Déséquilibres mondiaux et instabilité financière: la responsabilité des politiques libérales“. In: Chesnais, F. Hg.: *Mondialisation financière*. Paris.
- Puntscher-Riekmann, S. 1997. „Demokratie im supranationalen Raum“. In: Antalovsky, E. et al.: Hg.: *Integration durch Demokratie: neue Impulse für die Europäische Union*. Marburg.
- Rapoport, M., A. Musacchio, Koord. 1993. *La Comunidad Europea y el Mercosur. Una evaluación comparada*. Buenos Aires.
- Raza, W.: „Entwicklungsdynamik der kapitalistischen Weltwirtschaft, Naturaneignung und ökologische Verteilung“. In: Raza, W., A. Novy. Hg.: *Nachhaltig reich – nachhaltig arm?* Frankfurt am Main/Wien.
- Roth, B. 1984. *Weltökonomie oder Nationalökonomie? Tendenzen des Internationalisierungsprozesses seit Mitte des 19. Jahrhunderts*. Marburg.
- Streeck, W. 1995. „From Market to State Building? Reflections on the Political Economy of European Social Policy“. In: Leibfried, S., P. Pierson. Hg.: *European Social Policy. Between Fragmentation and Integration*. Washington, D.C.
- Swyngedouw, E. 1996. „Reconstructing Citizenship, the Re-Scaling of the State and the New Authoritarianism: Closing the Belgian Mines“. *Urban Studies* 33 (8).
- Tavares, MC. 1993. „As políticas de ajuste no Brasil: os limites da resistencia“. In: Tavares, M. C., J. L. Fiori. *Desajuste global e modernização conservadora*. São Paulo.
- Théret, B. 1992. *Régimes économiques de l'ordre politique. Esquisse d'une théorie régulationniste des limites de l'état*. Paris.
- UNCTAD 1995. *World Investment Report 1995. Transnational Corporations and Competitiveness*. New York/Genf.
- UNCTAD 1997. *Handbook of International Trade and Development Statistics 1995*. New York/Genf.

Joachim Becker, Institut für Volkswirtschaftstheorie und -politik,
Wirtschaftsuniversität Wien, Reithlegasse 16/6, A-1190 Wien

Journal für Entwicklungspolitik XIV/2, 1998, S. 139–152

Jaime Marques-Pereira

Geld*, politische Legitimität und regionale Integration in Lateinamerika¹

Die regionale Integration in Lateinamerika wird heute fast ausschließlich unter ökonomischen Gesichtspunkten verhandelt. Somit wird die diesbezügliche Diskussion auf die Frage nach einer zweifachen Alternative reduziert. Nämlich einerseits die Alternative zwischen einer Freihandelszone oder einer Zollunion, und andererseits – wie etwa die NAFTA bzw. der Mercosur vorzeichnen – die Alternative zwischen einer kontinentalen Integration unter Vorherrschaft der USA oder einem genuin lateinamerikanischen Block. Die Erinnerung an den einstigen Traum Bolívars von einer lateinamerikanischen Föderation, wie ihn bis in die 70er Jahre der Andenpakt in der politischen Diskussion zum Leben erweckte, ist heute verblaßt. Dennoch wollen wir in diesem Artikel zeigen, daß die Richtung und die Vorteile der ökonomischen Integration in Lateinamerika es verdienen, genau unter diesem Blickwinkel betrachtet zu werden. Eine Integration unter diesem Blickwinkel würde nämlich einer supranationalen politischen Kraft die ökonomische Souveränität wiedergeben, auf die die Nationalstaaten des Kontinents bei der Bewältigung ihrer Schuldenkrise zunehmend verzichtet hatten.

Eine derartige Überlegung stellt keine Übung in ökonomischer Fiktion dar. Sie ist vielmehr gerechtfertigt, wenn man in Rechnung stellt, daß zum einen regionale Integration als eine noch unvollkommene Neuordnung des territorialen Gefüges von Märkten und politischen Mächten analysiert werden muß, und daß es zum anderen zwei historische Dynamiken gibt, deren Interdependenz zwar außer Frage steht, die aber dennoch eine jeweils eigene Logik haben. Das führt uns also zur Hypothese, daß die im Zuge der Deregulierung der Finanzmärkte erfolgte Infragestellung der Souveränität des Staates im monetären Bereich nicht von vornherein unwiderruflich ist, wie es die dominierenden ökonomischen Diskurse glauben lassen (Théret 1995). Eine solche Frage ist zudem heute nicht mehr rein akademisch, sie steht auch im Zentrum der politischen Debatte über den Übergang zu einer Einheitswährung, wie sie derzeit im Rahmen der europäischen Integration geführt wird. Abgesehen von ihrer Spezifik kann man dennoch gewisse allgemeine Lehren aus ihr ziehen, um eventuelle Vorteile einer politischen Integration in Lateinamerika deutlich zu machen.

Mit der Errichtung eines gemeinsamen europäischen Marktes plante man, zunächst ein ökonomisches Terrain zu schaffen, um auf längere Sicht eine politische Konföderation anzupeilen. Die Ausweitung territorialer Marktgrenzen hat Europa sowohl zu einer wirtschaftlichen Einheit gemacht, wie gleichzeitig auch eine Allianz von Staaten entstehen lassen ist, die nunmehr gewillt sind, die Attri-

* *Monnaie* bedeutet im Französischen sowohl Geld als auch Währung.

bute ihrer jeweiligen Souveränität zu teilen. Der so entstandene institutionelle Aufbau hat ein neues Regierungs-Regime ins Leben gerufen, bei dem supranationale Instanzen nun Kompetenzen innehaben, die den nationalstaatlichen übergeordnet sind (Dehove 1977). Die Tatsache, daß der Übergang zur Einheitswährung von der EU-Kommission als richtungsweisend für Verhandlungen über ein politisches Europa gedacht wurde, das dieses neue Regime konsolidieren sollte, zeigt sehr gut auf, daß die Unterwerfung der Geld- und Währungspolitik unter das globale Finanzkapital – das bis zu einem gewissen Grad nun souveräner als die politischen Instanzen ist – nicht definitiv entschieden ist.

Der Stabilitätspakt, der die von den Finanzmärkten angeblich verordneten Regeln der Wirtschafts- und Sozialpolitik dauerhaft etablieren soll – die im Maastricht-Vertrag dann auch tatsächlich abgesegnet wurden – stellt einen Kompromiß dar. Er scheint insofern ziemlich provisorisch zu sein, als in ihm die Zwänge politischer Legitimität deutlich werden, die auf den Regierungen lasten, die ihn verhandelt haben. Die Frage, wie sich diese Zwänge weiterentwickeln werden, polarisiert die beiden großen politischen Visionen: Nämlich einerseits, daß die wirtschafts- und sozialpolitischen Regeln der Finanzmärkte hinsichtlich ihrer Legitimität tatsächlich von den Menschen bestätigt werden. Denn diese könnten letztlich die Idee akzeptieren, daß die Flexibilisierung der Gehälter und Arbeitsbedingungen – wie sie sie schon von Konkurrenzländern am Weltmarkt kennen – notwendige Bedingung für die Stabilität einer neuen Währung ist, die letztendlich Wettbewerbsvorteile garantiert, um ein Wirtschaftswachstum zu ermöglichen, das die Arbeitslosigkeit absorbieren kann. Und andererseits könnte sich allerdings die Meinung durchsetzen, ein stärkeres und mehr Arbeitsplätze schaffendes Wirtschaftswachstum hänge von einer europäischen Instanz ab, die auf der Wiedererlangung der Währungssouveränität fußt, welche die Nationalstaaten verloren haben. Diese Polarisierung zeigt sich deutlich in den EU-Verhandlungen über die Etablierung einer wirtschaftspolitischen Koordinierungsinstanz sowie in der Frage, mit welcher Macht diese gegenüber der Europäischen Zentralbank ausgestattet sein soll.

Die europäische Integration ist sicherlich ein Beispiel *sui generis* regionaler Integration. Die Einführung einer politischen Organisationsform, die von Beginn an ein territoriales Gefüge vis-à-vis jenem der Märkte garantiert, zeugt zweifellos von der historischen Einzigartigkeit der europäischen Integration im Vergleich zu anderen ökonomischen Integrationsprozessen (wie etwa Freihandelszonen oder Zollunionen). Dennoch stellt sich für alle anderen Staaten der Welt die Frage nach Souveränität um nichts weniger. Europa hat diesbezüglich nur die Legitimationsprobleme politischer Institutionen offengelegt, die gezwungen sind, Währungsregime eher nach den Vorgaben der Finanzmärkte auszurichten als nach der öffentlichen Meinung. Das Spezifische der europäischen Integration stellt zunächst einmal der ursprüngliche Wunsch nach internationaler Friedensstiftung dar. Zweitens verweist es auf das Erbe des Wohlfahrtsstaates, das die aktuelle Entwicklung nach wie vor bestimmt. Die Etablierung supranationaler Regierungsinstanzen, zu denen dieser Wunsch letztendlich führte, bildet heute die

institutionelle Basis, auf der man mit diesem Erbe umgeht. Die Einheitswährung kann sowohl zu dessen Bewahrung wie auch zu seiner Eliminierung führen. Die Wahl zwischen diesen Alternativen wird im Spiel zwischen der Glaubwürdigkeit der Währung und der politischen Legitimität getroffen.

Die Kritik der Liberalen ebenso wie die Befürchtungen der Nationalbanken, die sich im Stabilitätspakt widerspiegeln, haben bereits aufgezeigt, daß die eventuelle Loslösung währungspolitischer Entscheidungen von jeglicher politischer Legitimation mit äußerster Ungewißheit behaftet ist. Auch wenn die Geld- und Währungspolitik keiner politischen Absegnung mehr unterworfen wird, heißt das noch lange nicht, daß ihre Glaubwürdigkeit nicht weiterhin von der Legitimität jener Autorität abhängt, die das Ausgaberecht hat und die den Wert des Geldes bestimmen kann. Die ökonomischen Funktionen des Geldes und der Währung sind nicht unabhängig von ihren gesellschaftlichen Funktionen. Was Simmel (1987) bereits im 19. Jahrhundert enthüllt hat, wird heute offensichtlich. Das Geld stellt eine der Hauptformen einer kollektiven, territorialen Repräsentation dar, weil es den Status eines jeden einzelnen Mitglieds als Warenbesitzer bestimmt. Denn das Geld erlaubt ihm, mit seiner Kaufkraft das zu erlangen, was er will, und ermöglicht ihm gleichfalls, seine Arbeitskraft zu verkaufen. Aber der Wert des Tauschobjekts ist durch die interne und externe Stabilität des Geldwertes bestimmt, den wiederum die jeweilige Regulierungsinstanz garantiert. Der Wert ist somit Ausdruck der Souveränität dieser Instanz. Das Geldregime ist damit strukturell an Legitimität gebunden. Diese hängt in letzter Zeit vom Vertrauen der Finanzmärkte in eine Währung ab. Dieses Vertrauen bestimmt somit die Stabilität der Währung, ebenso gilt dies aber auch umgekehrt.

Diese wechselseitigen Interaktionen sind nicht nur in Europa problematisch. Noch viel eindringlicher stellt sich diese Frage in Lateinamerika, wie der plötzliche Einbruch der mexikanischen Währung im Dezember 1994 deutlich gezeigt hat. Eine solche Drohung schwebt aber auch über anderen Ländern des Kontinents. Die Marktakteure verschließen heute ihre Augen vor politischen Risiken, die die Fortführung der bisherigen Wirtschaftspolitik beeinflussen könnten. Angesichts der makroökonomischen Fragilität und der Probleme politischer Legitimität, die diese Fortführung bedrohen, erscheint die regionale Integration wie ein Hebel zu einer wirtschaftlich kohärenten Alternative. Überhaupt dann, wenn sie als Unterstützung eines neuen polit-institutionellen Regimes angesehen wird, das die Wiedererlangung währungspolitischer Souveränität erlauben würde, auf die die Staaten des Kontinents angesichts der Schuldenkrise zunehmend verzichtet hatten. Die Perspektive, die europäischen Erfahrungen auf die Situation des Mercosur umzumünzen, wird durch die Interaktion des Währungsregimes mit dem bisher etablierten Regime der politischen Legitimität möglich. Wir werden das im nun folgenden zeigen, indem wir die Geschichte dieser Interaktion rekonstruieren. Insbesondere werden wir uns bei der Rekonstruktion der stilisierten Fakten auf die Analyse des Abgleitens in die Inflation konzentrieren, die diese Interaktion verdeutlicht, nicht zuletzt, weil sie in der Wirtschaft wie in der Politik einen zentralen Platz einnimmt.

1. Die Gewalt des Geldes, Außenschulden und Demokratisierung in Lateinamerika

Zu Beginn der 80er Jahre öffnete die Demokratisierung (im Original: „*democratie*“) das politische Feld für Gehaltsverhandlungen, allerdings auf trügerische Weise: das Reallohniveau schrumpfte im Rhythmus der Inflation wie Chagrinleder zusammen. Das Bewußtsein über den Verteilungskonflikt verlor sich in den Wirren der Geldillusion, die in den Aussagen von Experten, denen in den politischen Debatten immer mehr Bedeutung zukam, konsequent hervorgehoben wurde. Das Geld ist eine Waffe, die den Gegner verwirrt. Die Entscheidungsträger kamen überein, aus dieser Verwirrung Nutzen zu ziehen, indem sie mit Erfolg die Inflation als Resultat einer Wirtschaftspolitik hinstellten, die in Zeiten der Rezession an überzogenen Budget- und Lohnvorstellungen festgehalten hatte. Diese ökonomische Rhetorik, derer sich die Experten an den Universitäten sowie die internationalen Organisationen bedienten, verdreht durch Umkehrung der Verantwortlichkeiten die Realität. Sie ließ die Idee glaubwürdig erscheinen, der sogenannte Mißerfolg der Inflationsbekämpfung in den 80er Jahren sei vor allem einer gewissen Tradition des „Wirtschaftspopulismus“ geschuldet, von dem sich die lateinamerikanischen Demokratien nicht lösen konnten (Sachs 1990). Diese Idee ist pure Mystifikation. Es handelt sich um einen Diskurs der Täuschung.

Der Anstieg der Inflation entstand nicht aufgrund exzessiver Umverteilung, sondern, im Gegenteil, aufgrund einer sehr ungleichen Belastung mit Außenschulden, die durch die Analyse perverser Effekte der Anpassungspolitiken aufgedeckt wurde. Diese Analyse hat gezeigt, daß der rapide Anstieg der Inflation im Zuge der Schuldenkrise das Resultat einer kontinuierlichen Abwertung während der 80er Jahre ist, die parallel zu einem Anstieg der Inlandsschuld im gleichen Zeitraum ablief (Salama/Valier 1990). Die Abwertung verlangte nach einer raschen Senkung der Importe, um jene notwendigen Handelsbilanzüberschüsse zu erzielen, die das Bedienen der Außenschuld erlauben würden. Das Wachstum der Inlandsschuld sollte den privaten Wiederankauf von Devisen finanzieren. Und ebenso sollte es in den meisten Fällen die durch die Abwertung ausgelöste Verteuerung privater Schulden in lokaler Währung abdecken. Dieser Prozeß zog sich durch die gesamten 80er Jahre vor dem Hintergrund steigender internationaler Zinssätze, die die Bedienung der Außenschulden verteuerten. Der dadurch notwendig gewordene Rückgriff auf weitere Kredite löste einen Teufelskreis aus, der zu einem weiteren Wachstum der Inlandsschulden führte. Die Abwertung beschleunigte die Inflationsspirale, die bereits durch den Verteilungskonflikt zwischen Löhnen und Profiten angeheizt worden war, der sich seit dem Demokratisierungsprozeß nun öffentlich manifestierte. Der Teufelskreis schließt sich mit dem Anstieg der Zinssätze, der mit der Zunahme der Inlandsschuld und der Inflation einherging. Trotz des Zurückschraubens öffentlicher Investitionen verschlimmerte sich die Fiskalkrise, nicht zuletzt deshalb, weil die Inflation zu einer Senkung der Reallöhne, zu einer Verteuerung der Kreditkosten und somit zu einem Rückgang der Nachfrage führte. Diese Phänomene führten

in eine tiefe inländische Rezession, die sich einmal mehr bei den Staatseinnahmen negativ zu Buche schlug.

Die Einkommensverteilung unterlag währenddessen einer tiefgehenden Veränderung. Jene gesellschaftlichen Gruppen, die Zugang zur Finanzsphäre hatten, profitierten nicht nur von einer indexierten Inflationsanpassung ihrer Einkommen, sondern auch von steigenden Risikoprämien. Die anderen mußten sich, so sie eine halbwegs funktionierende politische Organisierungsmacht besaßen, mit einer Indexierung zufrieden geben, die nur in schweren Kämpfen erreicht wurde und immer nur im Nachhinein stattfand und somit letzten Endes ihre Kaufkraft nur teilweise sichern konnte. Die Inflation stellte somit eine unsichtbare, aber äußerst regressive Steuer dar, die eine Verteilung der Kosten der Außenschulden vornahm (Salama/Valier 1994). Diese Verteilung, die durch das Geldregime bestimmt war, zeugt von einem Kräfteverhältnis, dem es gelungen ist, die Wiederherstellung der Demokratie so zu gestalten, daß sie mit Sicherheit weniger direkt und nur schlecht wahrnehmbar ist. Der Legitimationsdruck wurde in der Tat durch eine Geldpolitik umgangen, die eine zunehmende „Finanziarisierung“ (im Original: „*financiarisation*“) der Wirtschaft mit sich brachte und den Staat durch eine nicht enden wollende Fiskalkrise lähmte. Das war der Preis, den man zu zahlen hatte, um vermittels geld- und währungspolitischer Instrumente Verteilungskonflikte stillzulegen, die zunehmend schwieriger politisch zu entschärfen waren. Denn mittlerweile war es unmöglich, die Streiks wie in der Vergangenheit zu unterdrücken. Aber das Reallohniveau konnte immer noch durch das Geldregime bestimmt werden. Die Reallöhne sanken in erheblichem Ausmaß, je nach Land um ein Drittel bis zur Hälfte. Die direkte Repression von einst wurde durch die Gewalt des Geldes, wie sie für hohe Inflationsraten charakteristisch ist (Aglietta und Orléan 1984), ersetzt. Die Kämpfe für eine Anpassung der Gehälter an die Inflation wurden so wirkungslos. Die Macht der Geldillusion erlaubte zudem, genau diesen Kämpfen die Schuld für die Inflationsbeschleunigung zu geben, ebenso wie den angeblich zu geringen Anstrengungen zur Kürzung der Staatsausgaben.

2. Von der Inflationsbekämpfung zur Legitimation der gesellschaftlichen Ordnung des Marktes

Die Geldillusion verschaffte der Annahme, die Rationalität des Marktes würde durch Politik behindert, mehr Glaubwürdigkeit, obwohl sie doch eigentlich selbst die genaue Entsprechung dieser Annahme war. Die wichtige Rolle, die Kapitalerträge aus öffentlichen Schuldtiteln für die Inflationsbeschleunigung spielten, wurde jedoch in den Debatten ausgeklammert, und so blieben die tatsächlich Verantwortlichen einer Anpassungspolitik zugunsten der Besitzenden im Dunkeln. Die von internationalen Organisationen vorgebrachte Kritik am verschwenderischen Staat kam ihnen gerade recht, um sich vor ihrer eigenen Verantwortung für die wirtschaftliche Destabilisierung während der 80er Jahre zu drücken.

Der sog. Mißerfolg der Inflationsbekämpfung dieser Zeit ist im Grunde genommen eine trügerische Rhetorik. Die nun folgende Desinflation ist ein Beweis dafür. Sie wird die Mystifikation, die sich im Zuge der Inflationsdebatte entwickelt hat, vollenden. Einerseits, weil sie eine Anpassungspolitik institutionalisierte, die im sozialen Rückschritt das wichtigste Regulierungsinstrument sah, und andererseits, weil sie diese Politik noch zusätzlich legitimierte.

3. Polit-ökonomische Veränderungen in den 90er Jahren

Zu Beginn der 90er Jahre modifizierte sich die internationale Konjunktur im Zuge der Deregulierung der Finanzmärkte in den entwickelten Ländern, deren institutionelle Anleger durch wesentlich höhere Zinssätze in lateinamerikanischen Ländern angelockt wurden. Das Problem der Erzielung von Handelsbilanzüberschüssen zur Bedienung der Schulden verschwand. Es kam daher zu einem Übergang zu einer Politik der Währungsüberbewertungen, die das Vertrauen der ausländischen Anleger stärkte. Diese sollten ein plötzlich wieder auftauchendes, rasch wachsendes Handelsbilanzdefizit finanzieren. Dieser Preis war für die wirtschaftliche Öffnung zu zahlen, die sich zur Wende in der Wechselkurspolitik gesellte und die Inflationsbekämpfung durch die Konkurrenz mit Importgütern zu konsolidieren versuchte. Die Verletzbarkeit nach außen hin, deutlich sichtbar in der Abhängigkeit von ausländischem Kapital, wurde zur Achillesferse dieser Politik. Doch sie ermöglichte auch einen Bruch mit dem Teufelskreis aus Inflation, Außenschuld und Budgetdefizit. Über den Umweg einer radikalen Privatisierungspolitik, die noch zusätzliche ausländische Investoren anzog, konnte wieder ein Budgetgleichgewicht hergestellt werden.

Um den brutalen Auswirkungen des forcierten Wettbewerbes die Stirn bieten zu können, reduzierten die Unternehmen ihre Arbeitskosten, indem sie die Arbeitsproduktivität steigerten. Dies geschah entweder vermittels einer Reduktion des Personalstandes, der durch Rationalisierungen möglich wurde, die wiederum aufgrund der überbewerteten Währung sowie der wirtschaftlichen Öffnung begünstigt wurden, oder es geschah durch eine Reorganisation der Produktion.

Der Wirtschaftsaufschwung, der sich derzeit beobachten läßt, beruht auf einer starken Zunahme der Nachfrage, da der Wegfall der Inflationssteuer verteilungswirksame Effekte hinsichtlich der Nachfrage zeitigte. Diese günstige Konjunkturlage kann sich jedoch aufgrund steigender Arbeitslosigkeit und aufgrund der Importsubstitution der lokalen Produktion (die eher zu einem Rückgang der Inlandsnachfrage führen) nur so lange halten, wie die Unternehmen nicht versuchen werden, ihre Profite abzusichern, indem sie die Arbeitskosten noch weiter durch eine Senkung der Reallöhne reduzieren (die mit dem Ende der Desinflationsperiode wieder zunehmen), indem sie sich weigern, Sozialabgaben zu zahlen oder indem sie die Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse vorantreiben. Die erneut günstige Konjunkturlage zeugt von der Fragilität eines makroökonomi-

schen Gleichgewichts, das die Anpassungspolitik durch sozialen Rückschritt etablierten konnte. Die dadurch entstandene wirtschaftliche Verletzlichkeit nach außen hin erscheint lenkbar, da eine Weiterführung dieser Anpassungspolitik möglich ist, solange sie sich als legitim erweist.

Die ökonomische Diskussion, die die Ursache der Inflation in einem Zuviel an Staat identifizierte, konnte einmal mehr den Rückzug des Staates gesellschaftlich akzeptabel machen und die Idee entstehen lassen, die Inflation sei schuld an zunehmender Armut. Die Inflationsbekämpfung legitimiert daher die jüngste Etappe der Anpassungspolitik. Selbst als ihre positiven Effekte auf die Einkommen der Armen verschwanden, schienen die zunehmend prekärer werdenden Lebensbedingungen die Legitimität der derzeitigen Wirtschaftspolitik nicht zu erschüttern. Das läßt zumindest die Wiederwahl von zahlreichen Politikern, die in der Tradition dieser Wirtschaftspolitik stehen, annehmen. Die Geldillusion hat die Entstehung eines kohärenten Diskurses auf dem politischen Feld verhindert, auf dem die Arbeitspreise festgelegt werden. Diese kehren nun rasch auf das Niveau zu Zeiten hoher Inflation zurück, weil es entweder – wie im Fall von Brasilien – keine Indexierung mehr gibt, oder weil die Inflation – wie im Fall Mexiko nach der Finanzkrise – wieder steigt, oder weil die Nominallohne gesenkt werden können, wenn die Inflation auf Null sinkt – wie im Fall von Argentinien. Die Verschlechterung des Arbeitsmarktes seit nunmehr 15 Jahren hat sich auch in Zeiten des Wachstums nicht geändert, unterminierte jedoch die gesellschaftlichen Grundlagen gewerkschaftlicher Aktion. Deren Mobilisierungskraft ist noch zusätzlich durch die Gegnerschaft der Gewerkschaften zur wirtschaftlichen und finanziellen Öffnung erheblich geschwächt worden, auch wenn gerade diese Öffnung die massiven Entlassungswellen mitverschuldet hat. In der öffentlichen Meinung hat sich die Überzeugung durchgesetzt, die Öffnung sei das einzige Mittel, der Hyperinflation zu entkommen. Es wurde nicht erkannt, daß dies nur wegen der Weigerung der Eliten, eine gerechtere Verteilung des Volkseinkommens zu akzeptieren, so ist.

Dieses neue Kräfteverhältnis erlaubt also einen Frontalangriff, der die neoliberale Reform zu einem Ende bringen soll, und zwar durch eine Gesetzgebung, die eine größere Flexibilität der Arbeit bringen soll und bei der die Finanzierung des Sozialsystems das Umlageverfahren eindämmen, wenn nicht überhaupt eliminieren soll. Die politische Interpretation der inflationären Entwicklung entpolitisiert die Frage des Arbeitsschutzes und sozialer Rechte. Die Inflation hat den Verteilungskonflikt zwischen Profiten und Löhnen neutralisiert. Ebenso macht ihn die Inflationsbekämpfung zunichte, solange sie als öffentliches Gut angesehen wird, das um jeden Preis erhalten werden muß (Lo Vuolo 1996). Es gibt keine wirkliche ökonomische Debatte mehr, die Chancen auf einen Kurswechsel in der Politik werden immer geringer. Künftig wird es möglich sein, die Anpassungspolitik via institutionalisierter Kanäle zu verfolgen, die zuvor gegen die Inflation angewandt wurde – wie etwa die Reduzierung des Lohnniveaus, die Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse usw. Auch in Zukunft wird es vor allem das Terrain des Arbeitsmarktes sein, auf dem die Anpassungspolitiken zu tragen kommen werden.

Währungsüberbewertung und hohe Zinssätze, die die Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigen, können nämlich ohne größere soziale Probleme durch die Reduktion der Arbeitskosten kompensiert werden.

Nun müßte man aber klären, ob diese neue Situation politischer Legitimität und ebenso die Glaubwürdigkeit der Wirtschaftspolitik nicht doch in Frage gestellt werden könnten. Ein derartiges politisches Szenario, das den währungspolitisch Verantwortlichen keine andere Wahl läßt, als die Austeritätspolitik etwas zu lockern, hat sich etwa in Mexiko schon abgespielt. In Mexiko drohte die radikale Destabilisierung des politischen Systems: virulente Konflikte innerhalb der Regierungspartei, Aufschwung einer legalen Opposition sowie sozialer Bewegungen, die den gesamten gesetzlichen Rahmen in Frage stellten. Angesichts dieser Schwierigkeiten entschied sich die mexikanische Regierung, von einer Erhöhung der Zinssätze Abstand zu nehmen, obwohl zur gleichen Zeit die nordamerikanischen Zinssätze gestiegen sind und obwohl das Handelsbilanzdefizit ein gefährliches Ausmaß anzunehmen drohte. Es ist nicht von vornherein ausgeschlossen, daß die politischen Legitimitätsprobleme, die in Mexiko zur Finanzkrise beitrugen, sich nicht auch anderswo in Lateinamerika reproduzieren könnten. Sie könnten somit deren Regierungen zwingen, das Risiko eines Glaubwürdigkeitsverlusts ihrer Währung einzugehen, weil sie sich am Vorabend von Wahlen keine rezessive Politik leisten können. Der Fall Mexikos ist sicherlich ein Einzelfall der spezifischen Schwierigkeiten, die es beim Übergang zu einem politisch pluralistischen System gibt, welches das Erbe eines direkt in einer Einheitspartei verankerten Korporatismus anzutreten hat. Selbstverständlich ist der monetäre Bereich nicht das einzige gesellschaftliche Feld, auf dem sich neue Kräfteverhältnisse herausbilden, und auf dem neue ideologische Bezugspunkte politischer Legitimität geschaffen werden können. In diesem besonderen Fall muß man betonen, bis zu welchem Grad die symbolische Gewalt des Geldes völlig unzulänglich war, einen Zustand politischer Legitimität zu garantieren. Die Gewißheit neoliberaler Politik bei Wahlen beginnt in jenem Moment zu erodieren, in dem der Übergang zu einem neuen politischen Regulierungssystem, das versucht, Parteienpluralismus mit der Aufrechterhaltung korporatistischer Strukturen als gesellschaftliche Grundlage zu vereinen, sichtlich dem Anstieg der Gewalt nicht Einhalt bieten kann (egal, ob es sich um die Gewalt des Staates oder der Mafia handelt).

4. Regionale Integration und monetäre Souveränität

Die derzeitige politische und wirtschaftliche Stabilität bleibt also sehr vage, solange die Veränderungen der ökonomischen und gesellschaftlichen Regulation, die wir soeben analysiert haben, nicht gefestigt sind. Der Wandel der politischen und ideologischen Kräfteverhältnisse hat noch zu keinen institutionellen Kompromissen geführt, welche die von der Wirtschaftspolitik oktroyierten neuen Verteilungsmodalitäten dauerhaft verankert hätten. Bewahrheitet sich dieses Sze-

nario, so würde dies einen strukturellen Bruch (im Original: „*changement*“) darstellen, das dem früheren Wachstumsregime, das auf sozialer Exklusion aufbaute, politisch stabile Bedingungen beschere würde, die die Demokratisierung beseitigt hatte. Doch die Kohärenz der wirtschaftlichen Regulation ist nicht auf ewig gesichert. Sie hängt nicht nur von der Entwicklung der Legitimität ab, sondern auch von der Funktionalität des Verteilungssystems für das Akkumulationsregime. Noch lange nicht ist bewiesen, daß sich die derzeitige Entwicklung des Arbeitsmarktes und der Sozialversicherung in Lateinamerika als notwendigerweise funktional für ein Wachstum erweist, das nach wie vor direkt von der Dynamik der Inlandsnachfrage abhängt. Die wirtschaftliche Öffnung hat mit Ausnahme von Mexiko und Chile diese Konstante lateinamerikanischer Entwicklungsmuster nicht in Frage gestellt. Die Gültigkeit dieser Muster bestätigt sich heute in der Strategie regionaler Integration des Mercosur, der im Gegensatz zur NAFTA die Möglichkeit einer lateinamerikanischen Entwicklung vorzeichnet, die viel mehr auf endogenem Wachstum fußt als auf ein Wachstum, das von Exporten in die USA genährt wird. Das starke Anwachsen ausländischer Direktinvestitionen in Mercosur-Ländern könnte diese Möglichkeit auf Dauer festigen. Angesichts der Grenzen des Wachstums, die in der Vergangenheit durch eine zu ungleiche Verteilung erreicht wurden, stellt sich deshalb die Frage, ob sich die derzeitige Wirtschaftspolitik letzten Endes in Anbetracht der langfristigen Wirkungen der Einkommensverteilung nicht als zu erratisch erweist. Wenn sie es auch geschafft hat, kurzfristig die Wirtschaft zu stabilisieren, so läßt sich dabei noch nichts über die langfristigen Effekte sagen. Der stabilisierende Einkommenseffekt, der dem Wachstumsaufschwung zugrunde lag, ist grundsätzlich zunächst einmal nur provisorisch.

Unter der Annahme, daß auch in Zukunft die gesellschaftliche Regulationsweise durch die Marktkräfte bestimmt wird, ist es gut möglich, daß die Konzentration von Reichtum erneut im Mittelpunkt der wirtschaftlichen Regulation stehen wird. Vor diesem Hintergrund sei wieder an die innere Dynamik erinnert, die zur Schuldenkrise führte. Die problematische Ertragskraft des produktiven Kapitals aufgrund fehlender skalenökonomischer Erträge hat in der Vergangenheit ein „mismatch“ zwischen Angebot und Nachfrage entstehen lassen. Dieses hat man zu überwinden versucht, indem man mittels Verschuldung die Kosten für Kapital und Konsumentenkredite reduzierte. Sind die daraus resultierenden Probleme vermeidbar? Sind die wirtschaftliche Öffnung sowie der Rückzug des Staates die geeigneten Mittel, die strukturellen Wachstumsgrenzen eines auf gesellschaftlicher Ausgrenzung basierenden Akkumulationsregimes zu überwinden? Und viel konkreter stellt sich die Frage, ob erstens die Reorganisation der Produktion und die Modalitäten der Einkommensverteilung, die sich in der wirtschaftlichen Öffnung und dem Rückzug des Staates widerspiegeln, gleichzeitig das Wachstum und die Außenhandelsbilanz stabilisieren können? Und zweitens, wie die damit verbundenen ökonomischen Risiken mit der politischen Dynamik interagieren? Angesichts der Legitimitätskrise des Staates, die bis zur makroökonomischen Stabilisierung vorherrschte, kann genauso wenig von einem Ende dieser

Krise ausgegangen werden, wie – angesichts der Außenhandelsdefizite – von einem dauerhaften makroökonomischen Gleichgewicht.

Das traditionelle Herrschaftssystem der Eliten sah sich in den 80er Jahren durch die Demokratiebewegung in Frage gestellt. Die besonders ungleiche Verteilung wurde damit zumindest zu einem konflikträchtigen Thema, und dies umso mehr im Zuge der Schuldenkrise. Die Inflationsspirale verhinderte, daß die Vermögenskonzentration aufgrund sozialer Ansprüche und Forderungen beeinträchtigt werden konnte. Doch dem Staat hat dies einen Verlust an Legitimität eingetragen, zusehends wurde er für seine wirtschaftspolitische Unfähigkeit an den Pranger gestellt. Die Wiederherstellung der Geldwertstabilität konnte seine Legitimität erneut festigen und stärkte die Annahme, der Rückzug des Staates wäre sinnvoll gewesen, weil hiermit die Geldwertstabilität in Verbindung gebracht wurde. In der Folge konnte die Flexibilisierung der Arbeit um einiges entspannter durchgeführt werden, weil sich die soziale Bewegung, die die Demokratisierung erzwungen hatte, aufgelöst hatte und weil sich die liberalen Werte tief im politischen Diskurs verankern konnten. Nimmt man nun an, daß diese Veränderungen strukturell sind, dann heißt das nichts anderes, als zu glauben, daß es nun zu einem definitiven Abflauen der Verteilungskonflikte gekommen ist. Doch die Abfolge von inflationärer Entwicklung sowie anschließender Stabilisierung zeigt deutlich, daß erst gewisse Interaktionen zwischen Politik und Wirtschaft die Beilegung der Krise ermöglichten, gleichzeitig aber auch die Fragilität der neuen Situation verdeutlichen. Über die gesamte Periode hinweg kann die Stoßrichtung der Wirtschaftspolitik nicht losgelöst von den Bedingungen ihrer Legitimation betrachtet werden. Diese Bedingungen wurden durch die Inflation der 80er Jahre erheblich verschlechtert, ihre Verbesserung in den 90er Jahren konnte dank der Glaubwürdigkeit der Währungsparität wieder hergestellt werden. Beide Phänomene hängen selbstverständlich zusammen, doch ihre Interaktion kann sehr problematisch werden. In einem Konjunkturaufschwung, der künftig durch Finanzkrisen bedroht ist, die aus den wachsenden externen Defiziten resultieren, wird die politische Legitimität zu einer grundlegenden Variable der Glaubwürdigkeit der Währung auf den Finanzmärkten. Auf dem Spiel steht die Souveränität der politischen Kräfte im monetären Bereich. Die Frage einer zukünftigen politischen Integration verdient gestellt zu werden, weil die Unterwerfung der Geld- und Währungspolitik unter die Finanzmärkte die Wachstumsdynamik ersticken könnte, die auf den expansiven Potentialen eines großen Binnenmarktes – wie ihn der Mercosur darstellen könnte – beruht.

Zur Bekräftigung dieser Hypothese ist vorweg zu betonen, daß auch ein anderes Modell wirtschaftlicher Anpassung bei einer anderen politischen Konstellation möglich war, um die Schuldenkrise zu bewältigen. Die Bedienung der Schulden hätte auch durch eine Erhöhung der Staatseinnahmen erfolgen können. Die mit einer Abwertung verbundene Inflation hätte somit nicht zu einer Spirale ohne Ende geführt, welche die wirtschaftliche Entwicklung abgewürgt und den Staat in den Bankrott geführt hat. Eine solche, wesentlich effizientere und gerechtere Alternative wäre natürlich nicht nach dem Geschmack der Eliten ge-

wesen, die Steuern notorisch widerspenstig gegenüber stehen. Eine Steuerreform, die die Unterwerfung der Wirtschaftspolitik unter die Finanzmärkte vermeiden und die Staatsausgaben, die sich im übrigen im Vergleich zu entwickelten Ländern sowieso immer auf lächerlichen Niveaus bewegten, vergrößert hätte, hätte dem Staat Mittel für eine Einkommens- und Industriepolitik zur Verfügung stellen können, die einen Kreislauf aus Erweiterung von Massenkonsum wie -produktion in Gang gebracht hätte. Der *Cono Sur* des Kontinents besitzt einen Produktionsapparat, der die Vision einer endogenen Wachstumsdynamik realistisch erscheinen läßt. Dieses Wachstum wäre die Grundlage für wachsende internationale Wettbewerbsfähigkeit, wie sich anhand der Beispiele der USA und des gemeinsamen europäischen Marktes zeigen läßt. Die durch den Mercosur hervorgerufene regionale Integration könnte in diese Richtung profitabel gemacht werden. Die noch in die Lohnarbeit integrierbare Reservearmee in der aktiven Bevölkerung ist ein Hinweis für das Potential einer derartigen Entwicklungsstrategie. Wohlgermerkt würde diese Weltmarktengliederung eine andere Form haben als die Begünstigung des Finanzkapitals gegenüber produktiven Verwertungsstrategien. Die Profite, die multinationale Firmen dennoch daraus ziehen könnten, machen diese Option allemal denkbar. Hürden für ihre Realisierung stellen weniger die externen Zwänge an und für sich dar, als vielmehr die Kurzsichtigkeit der Eliten gegenüber jeglicher Politik, die eine Reduktion der Ungleichheiten anstrebt, von der aber die Entwicklung eines Binnenmarktes abhängt.

Von der Kurzsichtigkeit der Eliten können wir insofern sprechen, als die finanzkapitalistische Verwertung auf Kosten des produktiven Kapitals weit eher eine innere politische Entscheidung über monetäre Belange ist. Heute erweist es sich als zunehmend riskant, an einer solchen Entscheidung festzuhalten. Sie bereitet Finanzkrisen das Terrain und schränkt den wirtschaftspolitischen Spielraum bis zu dem Punkt ein, an dem die konjunkturpolitische Lenkung in einer Quadratur des Kreises endet: das Wachstum verschlimmert das Handelsbilanzdefizit, die Rezession führt wiederum zu einem Haushaltsdefizit, und beide Phänomene vergrößern das Risiko einer Finanzkrise. Über eine kurzfristige Sicht hinweg riskieren auch langfristige Wetten auf die Zukunft zu scheitern. Die Möglichkeit einer Wachstumsstabilisierung, die auf Exporten beruht, erscheint angesichts der Spezialisierung des Kontinents auf Produkte mit geringer Wertschöpfung, deren Perspektiven auf dem Weltmarkt nicht gerade vielversprechend sind, ein wenig mager. Weder Mexiko noch Chile können als Beweis gelten, daß ein derartiges Modell auf dem ganzen Kontinent machbar ist. Im Fall von Mexiko erwies sich diese Strategie zwar als lebensfähig, aber zum Preis einer Verletzbarkeit nach außen hin, die von seinem mächtigen Nachbarland mit offenen Armen willkommen geheißen wird, und es ist äußerst zweifelhaft, ob es diesen in größerem Ausmaß zahlen möchte. Chile ist wiederum ein ganz besonderer Spezialfall. Denn hier hat die Öffnung nicht zu stark wachsenden Produktionsgüter-Importen geführt, da der chilenische Industriepark zum Zeitpunkt der Öffnung ziemlich klein war. Die Konsumgüterimporte können hier durch den Export agro-

industrieller Güter finanziert werden, die saisonal immer dann auf den Weltmarkt gebracht werden, wenn die Konkurrenz im Norden gerade nicht produziert.

Wir haben versucht zu zeigen, wie das Verhältnis zwischen dem monetären Regime und der politischen Legitimität im Übergang von wachsender zu sinkender Inflation zu einem Erfolg neoliberaler Orientierung geführt hat und wie fragil seine Fundamente heute sind. Kann man auf der Basis dieser Analyse die Hypothese aufstellen, daß in diesem Spannungsfeld eine Alternative entstehen kann, die die Idee einer gerechteren Einkommensverteilung als Grundlage langfristigen Wirtschaftswachstums im politischen Kräftespiel fest verankert? Problematisch ist, ob durch zunehmende ökonomische und politische Widersprüche die Staaten dazu gebracht werden, wieder als Schiedsrichter zwischen den unterschiedlichen Interessen zu vermitteln. Wenn die Entwicklung tatsächlich eine solche Schiedsrichter-Funktion des Staates im öffentlichen Bereich notwendig macht, so stellt sich die Frage nach der Wiedererlangung geld- und währungspolitischer Souveränität. Die europäischen Erfahrungen lassen vermuten, daß eine Staatenallianz im Rahmen einer politischen und gleichzeitig wirtschaftlichen Integration heute ein Mittel dafür darstellen könnte. Lateinamerika hat auf dem Weltmarkt nicht die gleiche Bedeutung wie Europa, aber es verfügt über ein Expansionspotential, das die bereits entwickelten Länder nicht mehr haben. Wenn Lateinamerika seine geld- und währungspolitische Souveränität wiedererlangt, so wäre eine politische Alternative, wie wir sie oben angeführt haben, möglich.

Es handelt sich bei dieser Option um ein politisches Problem. Die Einführung einer stabilen Währung auf einem riesigen Markt, dessen Expansionspotential durch die Handlungen der öffentlichen Instanzen garantiert wäre, verweist auf die Wichtigkeit legitimatorischer Zwänge, die auf ihnen lasten, und wird sie zu notwendigen Entscheidungen über die Lösung von Interessenskonflikten zwingen. Wir können auch davon ausgehen, daß das globale Finanzkapital die rentablen Investitionsmöglichkeiten nicht verschmähen wird, die sich ihm durch eine derartige Option eröffnen könnten. Der Wettstreit multinationaler Unternehmen um gute Anlagemöglichkeiten auf den „emerging markets“ des Mercosur läßt derartige Vermutungen nur allzu plausibel erscheinen. Die Hypothese, die auf der Vision von der Wiedererlangung der monetären Souveränität durch die politischen Kräfte in Europa fußt (Lordon 1997), erscheint für den Mercosur ebenso möglich zu sein. Im Falle einer tiefen Finanzkrise sind die Akteure auf den Finanzmärkten durchaus empfänglich für eine wirtschafts- und sozialpolitische Alternative, weil sie dann mit einer derartigen Unsicherheit konfrontiert werden, die ihre wirtschaftlichen Glaubenssätze in Frage stellt. Die Realisierung eines derartigen Szenarios hängt sicherlich von gewissen Bedingungen ab: sie hängt ab von der Entwicklung der politischen und wirtschaftlichen Debatte. Die Kritik der Anpassungspolitik macht diesbezüglich vor allem dann Sinn, wenn sie auf der Basis normativer Fakten zeigt, daß eine Alternative nicht nur möglich, sondern auch wesentlich kohärenter in bezug auf die ökonomischen Zwänge ist, und daß die Realisierung dieser Alternative eine politische Aufgabe ist.

Abstracts

Considering past experiences of the European Union Jaime Marques-Pereira tries to outline some possible scenarios of regional integration in Latin America. The future development of the Cono Sur is first and foremost a political problem and not an economic one. Pereira turns to one of the most important issues of today's economic policy – namely money and its regulation – in order to demonstrate the significance of the political. With reference to the work of two French economists, Michel Aglietta and André Orléan, he shows that monetary regimes reflect the current political struggles. Inflation and exchange rates are therefore expressions of the prevailing social relations of power. "The economic function of money is not independent from its social function", notes Pereira. In that sense, monetary regimes can only be sustained if the regulating authority (nation state, central bank, supranational institutions) enjoy political "legitimation", or to say credibility. During the "monetarist revolution" of the 1980ies also in Latin America a neo-liberal economic policy, concentrating on downsizing inflation, abandoning monetary sovereignty and reducing public spending, could obtain political legitimation. Today, in the course of discussions about regional integration in Latin America (Mercosur, ...) the question of a future monetary regime – and economic policy orientation on the whole – is once again on the political agenda. In this regard, Pereira argues for the regain of monetary sovereignty by the (even supranational) state, for redistributive policies favouring clearly the poor, and he also proposes to withstand the pressures of the financial markets.

Anhand der Erfahrungen der europäischen Integration versucht Jaime Marques-Pereira mögliche Szenarien regionaler Integration für Lateinamerika zu entwerfen. Genauso wie die Entstehung der EU ist auch die zukünftige Entwicklung im Cono Sur Pereira zufolge in erster Linie ein politischer Prozeß und kein ökonomischer Sachzwang. Diese zentrale These versucht er anhand eines konkreten wirtschaftspolitischen Themas, nämlich „Geld“ und seiner Regulierung, zu verdeutlichen. Mit deutlicher Bezugnahme auf die Arbeiten französischer Ökonomen wie etwa Michel Aglietta und André Orléan geht Pereira davon aus, daß das jeweilige Geld- und Währungsregime Ausdruck politischer Kräfteverhältnisse ist, die ihre Entsprechung in der Höhe von Inflationsraten und Wechselkursen finden. „Die ökonomischen Funktionen des Geldes sind nicht unabhängig von ihren gesellschaftlichen“, schreibt Pereira. Ein Geldregime kann daher nur dann dauerhaft etabliert werden, wenn die jeweilige Regulierungsinstanz (Staat, Nationalbank, supranationale Institution etc.) politische „Legitimität“ erlangt, d.h. glaubwürdig vermittelt wird. In den 80er Jahren gelang es im Zuge der weltweiten „monetaristischen Revolution“ auch in Lateinamerika, eine neoliberale Wirtschaftspolitik gesellschaftlich tragfähig zu machen. Diese fußt auf Inflationsbekämpfung, Aufgabe der Währungssouveränität und Reduzierung der Staatsausgaben. Heute, im Zuge der Debatte um die regionale Integration in Lateinamerika (Mercosur etc.) stehen erneut Aushandlungsprozesse über ein künftiges Geld- und Währungsregime – und damit der

wirtschaftspolitischen Orientierung überhaupt – an. Pereiras diesbezügliche Intervention zielt dabei auf die Wiedererlangung währungspolitischer Souveränität des (auch supranationalen) Staates, eine eindeutige Umverteilungspolitik von oben nach unten sowie auf eine Absage an die Unterwerfung der Wirtschaftspolitik unter das angebliche Diktat der Finanzmärkte.

Anmerkung

1 Aus dem Französischen übersetzt von Vanessa Redak.

Literatur

- Aglietta, M., A. Orléan. 1984. *La violence de la monnaie*. Paris: P.U.F.
- Dehove, M. 1997. „L'Union européenne inaugure-t-elle un nouveau grand régime d'organisation des pouvoirs publics et de la société internationale“. *L'année de la régulation*, vol. 1. Paris: La Découverte.
- London, F. 1997. *La quadrature du cercle de la politique économique, les infortunes de la vertu*. Paris: Albin Michel.
- Lo Vuolo, R. 1995. „Structural Reforms and Labour Markets in Argentina“. *Scandinavian Journal of Social Welfare*, 4.
- Sachs, J. D. 1990. „Políticas Económicas y conflicto distributivo“. *Estudios Económicos*, 5/2, Mexico: Colegio de México.
- Salama, P., J. Valier. 1990. *L'économie gangrenée, Essai sur l'hyperinflation*. Paris: La Découverte.
- Salama, P., J. Valier. 1994. *Inégalités et pauvreté dans le Tiers Monde*. Paris: La Découverte.
- Simmel, G. 1987. *La philosophie de l'argent*. Paris: P.U.F.
- Théret, B. 1995. „Finance, souveraineté et dette sociale“. In: Théret, B. Hg. *L'Etat, la finance et le social, Souveraineté et construction européenne*. Paris: La Découverte.

Jaime Marques-Pereira, Institut des Hautes Etudes de l'Amérique Latine,
Université de Paris III – Sorbonne Nouvelle, 28 rue Saint-Guillaume
F-45007 Paris

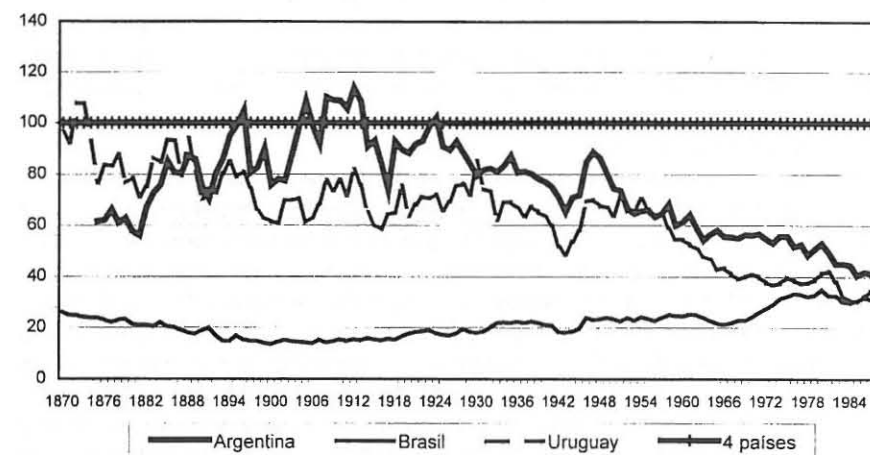
Journal für Entwicklungspolitik XIV/1, 1998, S. 153–165

Luis Bértola

The Uruguayan Road Towards Regional Integration

This paper aims at characterizing the Uruguayan long-run development in terms of convergence and divergence with leading capitalist countries. Insertion into the world economy will be stressed when considering constraints to growth and the role of regional integration as part of the efforts to release these constraints will be highlighted.

1. Long-run relative growth¹



Graph 1: Argentina, Brazil and Uruguay, 1870–1988: *per capita* GDP relative to the average of France, Germany, the U.K. and the U.S.A. (100)

1950–1988, PPP *per capita* GDP according to PWT56

1870–1950: advanced countries, spliced according to Maddison 1995; Argentina, Brazil and Uruguay, updates estimates of real *per capita* GDP, spliced to PWT data.

For further information see Bértola/Porcile 1998b, Graph 1.

As shown in Graph 1, in 1870–1990 the Uruguayan economy showed clearly differentiated patterns of relative economic performance. In 1873–1900 Uruguayan *per capita* GDP levels diverged from core countries ones, but they did so from levels similar, or even higher, to those achieved by the sample of advanced